

LESERBRIEFE

Nein zur Teilrevision der Gemeindeordnung

Die Wikoner Gemeindeordnung soll mittels Urnenabstimmung am 23. September einer Teilrevision unterzogen werden, nach der die Bildungskommission «Biko» (die frühere Schulpflege) nur noch «beratende Funktion» haben, also ohne Entscheidungskompetenz sein soll. Diese vom Gemeinderat geforderte Änderung kann die SP Wikon nicht unterstützen.

Wir halten fest, dass die Biko mit Entscheidungskompetenz ein politisch wichtiger Puffer zwischen Gemeinderat und Schule sowie den Erziehungsberechtigten ist. 90 Prozent der Luzerner Gemeinden mit vergleichbarer Grösse wie Wikon haben sich für eine Biko mit Entscheidungskompetenz entschieden. Dieses System hat sich bei uns bestens bewährt. Wir verfügen laut Urteil der externen Evaluation über eine sehr gute Schule.

Bildung kann nicht einfach nur über die Finanzen gesteuert werden. Vorgaben des Kantons müssen umgesetzt werden. Das Budget wird primär durch die Schulverwaltung, den Schulleiter

und den Liegenschaftsverantwortlichen in Zusammenarbeit erstellt. In der Budgetberatung mit dem Gemeinderat gibt es allenfalls noch Korrekturen. Die Genehmigung des (Schul-) Budgets verbleibt bei der Gemeindeversammlung/Stimmbevölkerung.

Als Zückerchen für einen Systemwechsel wird ein eventueller Spareffekt durch eingesparte Sitzungen in Reiden präsentiert. Dafür gibt es einen Informationsverlust über die Oberstufe, das Übertrittsverfahren usw. Es wird nicht wirklich aufgezeigt, wie die zusätzliche Arbeitslast seitens des Gemeinderats/Schulverwalters bewältigt werden soll. Bereits wurde im letzten Jahr das Schulverwalter-Pensum ohne ersichtlichen Grund massiv um über 25 Prozent erhöht.

Am bisherigen System soll nicht geschraubt werden – deswegen ein überzeugtes Nein zur Teilrevision der Gemeindeordnung am 23. September.

Roger Wymann, SP-Ansprechperson, Wikon

Mehr Sicherheit für alle

Knapp 8 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind häufig mit dem Velo unterwegs. In Holland oder Dänemark sind es über 30 Prozent. Damit liegen wir europaweit im hinteren Mittelfeld. Warum ist das so? Ein Grund ist sicher, dass Velo fahren in der Schweiz immer gefährlicher wird. Während die Zahl der tödlichen und schweren Unfälle in den letzten Jahren bei Autofahrern und Fussgängern rückläufig war, stieg sie bei den Velofahrern an. Das hat nicht

zuletzt mit unseren Velowegen zu tun, denen man in den letzten Jahren zu wenig Beachtung geschenkt hat.

Ein ausgebauteres Radwegnetz bietet Velofahrern Sicherheit. Davon profitieren auch die Fussgänger, weil das Trottoir dem Fussverkehr vorbehalten bleibt. Und dank klaren Verhältnissen zwischen Velo- und Autofahrern wird auch der Autoverkehr sicherer und flüssiger. Für mich besteht kein Zweifel: Ein Ja zum Bundesbeschluss trägt

dazu bei, wieder mehr Leute aufs Velo zu bringen. Das ist der Gesundheit der «Umsteiger» zuträglich und schont erst noch unsere Umwelt. Ebenso profitiert der öV, der heute vielerorts an seine Kapazitätsgrenzen stösst. Kurz: Der Bundesbeschluss über die Velowege, über den wir am 23. September abstimmen, ist ganz klar ein Schritt in die richtige Richtung.

Thomas Meier, Unternehmer, Schenkon

Warum Bildung für uns alle so wichtig ist

Gute Bildung ist für unser Land etwas vom Wertvollsten. Mit der Halbierung der Unternehmenssteuer vor einigen Jahren wurde in die Zukunft investiert. Noch wichtiger für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Luzerns ist aber die Investition in gute Bildung. Denn sie bringt gut ausgebildete Fachkräfte hervor, die wir in Zukunft benötigen. Und das ist der Grund, weshalb Bildung

für uns alle so wichtig ist, weil wir damit in die Zukunft, in die Generation von morgen, investieren. Deshalb muss sie für alle zugänglich sein im Kanton Luzern. Es geht nicht, dass einzelne Regionen benachteiligt werden, zum Beispiel durch eine Schliessung der Wirtschaftsmittelschule Willisau.

Zu einer guten Bildung gehört ebenfalls ein breites Bildungsangebot,

es darf nicht gekürzt werden (zum Beispiel die Fachklasse Grafik in Luzern).

Wem die Zukunft unserer Gesellschaft wichtig ist, der kann nur Ja stimmen zur Bildungsinitiative vom 23. September.

Maike Fischer, Luzern

Fünf clevere Empfehlungen

Fünf clevere Empfehlungen: Die Rede ist vom Entscheid der Luzerner FDP-Frauen zu den eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen vom 23. September. Fünfmal Nein sagen zu noch mehr Verwaltungsaufwand bei Bund und Kantonen entspricht der Meinung eines Grossteils des Stimmvolkes. Dass dieser Entscheid den Luzerner FDP-Frauen gelungen ist, erstaunt nicht, kämpfen doch deren Parteiführungen seit Jahren für Einschränkung statt Ausdehnung in Bundes- und Kantonsverwaltungen.

In der Tat bedeuten alle fünf Vorlagen unnötige Einschränkungen unseres noch freien nationalen Handlungsspielraums. Ohne auf eine einzelne Vorlage einzugehen, sind ein paar Aussagen vor der erwähnten Beschlussfassung der Luzerner FDP-Frauen sehr beachtlich. Da wäre die klare Ansage, dass sich das Schweizervolk nicht noch mehr belehren lässt, was es einzukaufen und zu konsumieren habe. Oder, wenn das Zweirad (genannt Velo) in

die Verfassung fahren dürfe, so würden Trottinett und Rollbrett in Kürze als gleichberechtigt nachfolgen, die Dreiräder etwas später.

Der Aufwand für die Umsetzung aller Vorlagen übersteigt den Nutzen bei Weitem. Wirklichen Nutzen haben lediglich staatliche Verwaltungsorgane für neue Verordnungen, Weisungen und allenfalls mangelhafte Überwachungen.

Sollten tatsächlich alle Vorlagen bachab gehen, so dürfte kaum eine Partei ihren alleinigen Sieg feiern, sondern der freier bleibende Teil des Stimmvolkes aller politischen Richtungen wird sich bestätigt sehen. Es könnten aber auch Hinweise auf die nächste eidgenössische Volksabstimmung vom 25. November abgelesen werden, in der unsere nationale Freiheit durch übergeordnete Vögte noch viel massiver beschnitten werden soll.

Hans Isenschmid, Egolzwil

Initiativen führen in die Sackgasse

Nach der deutlichen Annahme der Verfassungsänderung Ernährungssicherheit im September 2017 bleibt wenig Spielraum für weitere Initiativen. Vieles ist bereits in der Verfassung geregelt. So sind Grundsätze wie der Kampf gegen das Wegwerfen von Lebensmitteln bereits enthalten, deshalb braucht es die Fair-Food-Initiative nicht. Ebenso fordert die heutige Agrarpolitik eine nachhaltige ökologische Produktionsweise.

Wenn dies den Initianten der Fair-Food-Initiative nicht reicht, beweisen sie, dass sie noch höhere Anforderungen stellen. Als kürzlich im Kanton Luzern höhere ökologische Anforderungen Betriebsentwicklungen stoppen, erfolgte ein Aufschrei. In der Folge setzte sich die FDP im Kanton Luzern für diese Landwirte ein. Eine Lösung ist schwierig. Mit der Unterstützung der Fair-Food-Initiative befürchte ich noch höhere ökologische Anforderungen und damit noch mehr Einschränkungen.

Dazu möchten die Initianten den Import nachhaltiger Lebensmittel erleichtern. Vertreter schlagen Zollsenkungen vor. Die GLP will die Zölle massiv senken, damit mehr Fleisch importiert wird und die hiesige Fleischproduktion unter Druck kommt und reduziert wird. Dagegen soll in der Schweiz gemäss SP in der Tierhaltung die Schraube angezogen werden. Die Fair-Food-Initiative unterstützt solche Bestrebungen.

Die zweite Initiative, Ernährungssouveränität, bringt Rezepte, welche die Schweiz in den 1980er-Jahren bereits hatte. In den 1990er-Jahren musste diese Politik mühsam angepasst werden, nicht zuletzt wegen Überschüssen und hohen Kosten wegen Marktstützungen. Der Schutz hat Grenzen, sonst führt er zu Einkaufstourismus oder die Steuerzahler machen nicht mehr mit. Was nützen den Landwirten gute Preise, aber schlechte Absatzchancen oder spätere Kürzungen öffentlicher Mittel.

Dazu kämpft die Landwirtschaft gegen Bürokratie, aber beide Initiati-

ven funktionieren nur mit grosser Bürokratie. Die Titel von Fair Food und Ernährungsinitiative versprechen viel und können es nicht einhalten. Es ist besser, die Kräfte in der Umsetzung der neuen Agrarpolitik gemäss Ernährungssicherheit einzusetzen. Darum lehne ich beide Initiativen ab.

Ruedi Amrein, Kantonsrat FDP, Malters

Ende der Diskussion

ABSTIMMUNGEN Wie üblich beenden wir mit den heutigen Beiträgen die Diskussion über die Abstimmungsvorlagen vom 23. September 2018. Es werden keine weiteren Leserbriefe mehr zu diesen Themen veröffentlicht. **wb**

BRIEF

aus dem Kantonsrat



Yvonne Hunkeler
CVP, Grosswangen

Diesen Sommer durfte ich eine wunderbare Zeit in Kanada erleben. Mein Partner und ich ritten mit zwei Reit- und zwei Packpferden durch die Rocky Mountains. Ohne andere Menschen,

Der Reiz der Politik

weit weg von der Zivilisation und ohne Handyempfang. Das Leben wird einfach und reduziert sich auf fünf Dinge, die so noch wichtig sind: Sind Zwei- und Vierbeiner gesund? Wie ist das Wetter? Finden wir den Weg? Gibt es am Abend Gras für die Pferde? Und hat es Feuerholz, damit wir Essen machen können? Diese eindrückliche Zeit gab Gelegenheit, über ein paar grundsätzliche Dinge im Leben nachzudenken. So

habe ich auch mein politisches Engagement aus der Ferne betrachtet. Was ist eigentlich der Reiz der Politik?

Parallelen zum Reisen

Politische Arbeit hat viel mit meiner diesjährigen Reise gemeinsam. Diesen Sommer war es einige Male recht schwierig, den Weg zu finden, ein Weiterkommen schien unmöglich. Gerät man weit in den Rocky Mountains in eine heikle Situation, gilt es, einen kühlen Kopf zu bewahren, es braucht Ruhe und ein geduldiges Vorgehen. Vielleicht muss man einen Schritt zurück machen, die Situation aus Distanz neu beurteilen. Man geht zurück an den Punkt, an dem man den Weg verloren hat und macht dann nochmals einen neuen Versuch. Geduld und Kreativität sind gefragt.

Genauso ist es in der Politik: Wie oft ist keine Lösung in Sicht, man möchte resignieren, überlässt das Feld vielleicht sogar den anderen Parteien. Auch dann gilt es Ruhe zu bewahren, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus der gleichen Fraktion, aber auch mit Personen der anderen Parteien die Situ-

ation zu beurteilen. So entstehen immer wieder neue Ideen, andere Vorgehensweisen, welche später vielfach mehrheitsfähig sind.

Aufgabe vor Person

Auf allen Ebenen, in der Kantonal-, den Wahlkreis- und den Ortsparteien stehen wir mitten in den Vorbereitungen der Wahlen vom kommenden Jahr. Wir bereiten Wahlstrategien und Wahlkampagnen vor, organisieren Veranstaltungen, sammeln Wahlspenden, kreieren Broschüren und Werbematerial. Vor allem aber suchen die Ortsparteien Kandidatinnen und Kandidaten für den Kantonsrat: 120 Kandidierende für 120 Sitze, so wollen wir in die Wahlen steigen. Denn wir brauchen gute Köpfe, um glaubwürdig aufzutreten. Gute Personen hat unsere Partei, die CVP, schon immer gefunden.

Im Wahlkampf muss man sich zeigen, seine Stärken präsentieren. Das bisher Geleistete hervorheben, seine Fähigkeiten und Erfahrungen «verkaufen». Doch ist man gewählt, geht es nicht mehr um die Person, dann geht es um die Aufgabe. Viele Stunden werden

investiert, um politische Geschäfte vorzubereiten, um Themen mit den Fraktionskolleginnen und -kollegen zu besprechen, um parteiübergreifend Absprachen zu treffen, um Anträge und Vorstösse zu formulieren, etc. Solides politisches Engagement ist viel harte Arbeit, Investition von Zeit und Herzblut. Es geht nicht mehr um den attraktivsten Auftritt in der Zeitung oder auf der Homepage, auch nicht um die meisten Likes auf Facebook.

Leider wird heute oft medial beachtet, wer polarisiert, wer die politischen Gegner angreift. Ein aktuelles Beispiel dazu war die Berichterstattung nach der Debatte im Nationalrat von vergangener Woche zur Steuervorlage 17: Statt die «Chrapfer» der CVP für die Vorlage zu befragen, erschien ein grosses Interview mit einer Gegnerin der SV17, sie erhielt auf über einer halben Seite eine Plattform, um das Geschäft schlecht zu reden.

Und trotzdem: In der politischen Arbeit geht es immer um die Sache und nicht um die Person. Es geht um die Aufgabe, die einem übertragen wird, den Bei-

trag, den man mit der Ausübung dieses Amtes für die Gesellschaft leisten kann. Als gewählte Person darf man dies nie aus den Augen verlieren. Auch wenn nach einer gewonnenen Wahl gefeiert werden darf, auch wenn man sein Foto in den Medien sieht. Die Aufgabe und das damit übertragene Vertrauen der Stimmberechtigten müssen immer im Vordergrund bleiben. Es braucht also eine ausserordentlich hohe Motivation, Freude am Engagement, Freude an der Arbeit, die Bereitschaft «reinzuknien». Die rund 13 000 Franken, welche ein Kantonsratsmitglied für ein rund 20-Prozent-Pensum pro Jahr erhält, dürfen auf keinen Fall der Treiber für eine Wahl sein. Die Parteilarbeit daneben ist sowieso für alle ehrenamtlich.

Und so komme ich von meiner Reise zurück in die Schweiz. Gestärkt in meiner Absicht, politische Arbeit zu leisten. Politische Entscheidungen werden nicht ohne Parteien getroffen, denn sie sind das Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft. Ein politisches Amt und Parteilarbeit geben mir die Chance, einen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten.